



Gemeinsame Presseerklärung der Parteien SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, FDP, Die PARTEI und der WGV zur angekündigten Versammlung der AfD in Voerde

Grundsätzlich begrüßen alle Parteien in Voerde den demokratischen Wettstreit. Die Welt ist bunt und so bunt muss Politik sein.

Von daher unterstützen wir alle Bemühungen von Parteien, die mit beiden Beinen fest auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen, in diesen schwierigen Corona-Zeiten ihre Versammlungen durchzuführen und zur politischen Meinungsbildung beizutragen.

Zugleich sehen wir jedoch mit Sorge, wie sich die AfD weiter und weiter von den gemeinsamen demokratischen Grundwerten aller Parteien in Deutschland entfernt. Diese Entfernung manifestiert sich in dem sogenannten Flügel und der Beobachtung durch den Verfassungsschutz, der die AfD in Teilen als rechtsextrem einstuft. Die AfD selbst schafft es nicht oder will sich nicht von den rechtsextremen Elementen lossagen. Die als rechtsliberale Partei gegründete AfD wurde aus diesem Grund von ihren Gründungsvätern verlassen und konzentriert sich auf eine Politik der Spaltung und den extremen rechten Rand. Extremismusforscher wie der Leiter der Forschungsstelle für Antisemitismus und Rechtsextremismus an der Universität Potsdam sprechen von einer rechtsextremen Dominanz.

In der Kommunalwahl 2020 ist die AfD nicht in Voerde angetreten, weil es ihr trotz erheblicher Mühe nicht gelang, ausreichend Unterstützung in Voerde zu gewinnen. Für die Vertreter einer lebendigen Demokratie ist das ein ausreichender Beleg dafür, dass eine solche Partei nicht zu Voerde passt und nicht zu Voerde gehört.

Gleichwohl wir das Recht der AfD anerkennen, sich in Voerde zu treffen, möchten die unterzeichnenden Parteien klar machen, dass sie für die überwiegende Bevölkerung sprechen, wenn sie klarstellen: **DIE AfD IST KEIN TEIL VON VOERDE.**

Die unterzeichnenden Parteien fordern die AfD auf, von einem Treffen in Voerde Abstand zu nehmen. Zugleich unterstützen wir alle Teile der Gesellschaft, die friedlich gegen eine möglicherweise doch stattfindende Veranstaltung auf dem Gebiet unserer Stadt demonstrieren und damit ein eindeutiges Zeichen gegen jede Form von Extremismus setzen werden.

Für die

SPD	CDU	Die Grünen	Die PARTEI	FDP	WGV
St. Weltgen	F. Steenmanns	B. Dickmann	D. Zielinski	H. Fuchs	Jürgen Fink